

Protokoll der 41. Verbandsversammlung des Kommunalen Anteilseignerverbandes der WEMAG vom 8. Oktober 2012 in Schwerin

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Verbandsvorsteher Lothar Stroppe eröffnet die Sitzung, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest und dass mit der Anwesenheit von 142 Gemeinden die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Er begrüßt insbesondere die Vorstände der WEMAG AG Herrn Baumgart und Herrn Pätzold und bedankt sich für deren Gastfreundschaft.

2. Fragestunde für Nichtmitglieder

Es liegen keine Fragen vor.

3. Genehmigung der Sitzungsniederschrift der 40. Verbandsversammlung vom 21. Mai 2012

Die Niederschrift wird bei 11 Enthaltungen einstimmig angenommen.

4. Bericht des Verbandsvorstehers

Verbandsvorsteher Lothar Stroppe berichtet von der Hauptversammlung des Unternehmens, von dem Beteiligungsmanagement, das mit der Thüga aufgebaut worden ist, auch von den Ergebnissen des Unternehmens und von einer Strategietagung des Vorstandes, der Aufsichtsräte, der Vorstände der WEMAG AG mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden in Warnemünde. Dort wurden wichtige Fragen der zukünftigen Ausrichtung der WEMAG konzentriert und umfassend diskutiert. Dabei wurden konkrete Ergebnisse erarbeitet.

Wichtiges Thema der letzten Verbandsvorstandssitzungen war die steuerliche Optimierung. Darüber wird in TOP 6 noch zu sprechen sein.

5. Bericht aus dem Unternehmen

Die Vorstände der WEMAG AG Herr Baumgart und Herr Pätzold stellen anhand einer Folie (Anlage zum Protokoll) die Ergebnisse per August 2012 und die Ergebniserwartung, die wichtigsten Kennzahlen im Netz und Vertrieb, den Stand der Aktivitäten im Erzeugungsbereich und das oben erwähnte Strategietreffen mit den Anteilseignern vor.

Herr Baumgart weist noch auf einen Masterstudiengang Kommunalwirtschaft an der Hochschule Eberswalde hin, für die die Thüga Stipendienplätze zu vergeben hat. Das Studium dauert drei Semester und ist jeweils mit drei Wochen Präsenz im Semester verbunden. Bei Interesse sollten sich die Kommunen aus dem Mitgliederbereich schnell bei ihm melden.

6. Satzungsänderungsantrag

Herr Glaser weist darauf hin, dass es sich bei der Satzungsänderung um eine Aufgabenerweiterung handelt, so dass die Mehrheit von 2/3 der gesetzlichen Mitglieder,

also mehr als 132 Stimmen ergeben müssen. Durch ein Büroversehen ist ersten Absatz das Wort „auch“ zweimal vorhanden und auch die Vorversion ist noch im Antrag enthalten. Der neue Absatz 7, über den abgestimmt wird, lautet also folgendermaßen:

„Der Verband kann auch einen Betrieb mit Anlagen zur Erzeugung von Strom aus Erneuerbaren Energien im Sinne des EEG einrichten. Bei der Anschaffung oder Herstellung einer Energieerzeugungsanlage dürfen die Anschaffungs- oder Herstellungskosten nicht die Jahreserträge aus dem Aktienbestand des Verbandes überschreiten.“

Über diese Formulierung wird im Rahmen des ausgeteilten Satzungsänderungsantrages diskutiert. Herr Ministerialrat a.D. Vogel von der Mittelrheinischen Treuhand stellt die steuerlichen Vorteile des vom Anteilseignerverband vorgesehenen Modells vor. Die dafür notwendigen Abstimmungen mit dem Innenministerium sind noch nicht abgeschlossen. Die Satzungsänderung ist aber Voraussetzung dafür, mit einer eigenen Anlage in die Energieerzeugung als Betrieb gewerblicher Art einzusteigen. Herr Stroppe weist noch einmal darauf hin, dass über den Kauf der EEG-Anlage (voraussichtlich von der WEMAG AG) ein späterer Beschluss der Verbandsversammlung notwendig ist. Auf Nachfragen von brandenburgischen Mitgliedern stellt Herr Glaser klar, dass die Einbeziehung des brandenburgischen Innenministeriums nicht direkt durch den Verband sondern über das Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern erfolgt. Herr Stroppe lässt über den Satzungsänderungsantrag abstimmen. Abgegebene Stimmen sind 141, davon stimmen 140 mit ja und eine Stimme mit nein. Damit ist die satzungsändernde Mehrheit auch für die Aufgabenerweiterung erreicht.

7. Feststellung des Jahresabschlusses 2011, Vorschlag zur Ergebnisverwendung und Entlastung des Verbandsvorstehers

Herr Kremser, Wirtschaftsprüfer von der Gesellschaft PWC, stellt die Ergebnisse der Jahresabschlussprüfung des Jahres 2011 vor. Es ergeben sich keine Nachfragen. Die Beschlussvorlage in der Anlage 3, Feststellung des Jahresabschlusses 2011, Vorschlag zur Ergebnisverwendung und Entlastung des Verbandsvorstehers wird einstimmig angenommen.

8. Beschluss über die Ausschüttung der Dividende 2011 an die Mitglieder und die Gemeinde Amt Neuhaus

Die Beschlussvorlage wird einstimmig angenommen.

9. Änderung der Geschäftsordnung

Herr Glaser führt kurz ein in die Geschäftsordnung. Die Geschäftsordnung wurde seit 1995 nicht geändert. Bei den Änderungen es sich handelt insbesondere um sprachliche Anpassungen an die Kommunalverfassung. Mit dieser Geschäftsordnungsänderung fällt die Fragestunde für Nichtmitglieder weg, die in den letzten Jahren auch kaum genutzt worden ist.

Aufgrund eines Hinweises stellt Herr Glaser klar, dass es in der Änderung zu Nr. 3 Sitzungsniederschrift und nicht Satzungs-niederschrift heißen muss.

Die Beschlussvorlage zur Änderung der Geschäftsordnung wird einstimmig beschlossen. Herr Stroppe kündigt an, dass die vollständige neue Geschäftsordnung mit der Einladung zur nächsten Sitzung an die Mitglieder versandt werden wird.

10. Verschiedenes

Herr Stroppe kann noch keinen Termin für die nächste Verbandsversammlung benennen. Das hängt vor allem davon ab, inwieweit die Beratungen zur steuerlichen Optimierung mit den Innenministerien voran gehen. Er weist auf den Imbiss hin, den der Vorstand der WEMAG AG zur Verfügung gestellt hat, bedankt sich für die Teilnahme und wünscht eine gute Heimreise.

Stroppe
Verbandsvorsteher

Glaser
Protokoll